

Diskussionspapier

Forschungsgruppe Russland/GUS
Stiftung Wissenschaft und Politik
Deutsches Institut für Internationale
Politik und Sicherheit



Michael Galbas / Rainer Lindner

Russlands Wissenschaft unter Druck

**Schließung der Europäischen
Universität in St. Petersburg
vorerst abgewendet**

FG 5, 2008/04, April 2008

Diskussionspapiere sind Arbeiten im Feld der Forschungsgruppe, die nicht als SWP-Papiere herausgegeben werden. Dabei kann es sich um Vorstudien zu späteren SWP-Arbeiten handeln oder um Arbeiten, die woanders veröffentlicht werden. Kritische Kommentare sind in jedem Fall willkommen.

Russlands Wissenschaft unter Druck

Schließung der Europäischen Universität in St. Petersburg vorerst abgewendet

Michael Galbas / Rainer Lindner

Am 8. Februar 2008 musste die Europäische Universität in St. Petersburg nach einem Entscheid des St. Petersburger Dserschinskij-Gerichts ihren Lehrbetrieb einstellen. Anlass war eine jährliche Brandschutzinspektion, die zahlreiche Mängel im Universitätsgebäude feststellte. Obgleich die Probleme weitgehend beseitigt werden konnten, nahm das Gericht die Entscheidung zunächst nicht zurück. Die Schließung stand vielmehr im Zusammenhang mit einem auf drei Jahre angelegten Seminar, das mit EU-Fördermitteln über Theorie und Praxis von Wahlen und Wahlbeobachtung informieren sollte. Abgeordnete von „Einiges Russland“ sahen darin eine „direkte Einmischung“ der Europäischen Kommission in den Wahlprozess in Russland. Die zeitweilige Einstellung des Lehrbetriebs setzt, wie auch die Schließung der British Council-Institute, die freie Bildung unter Druck. Dieser bleibt auch nach Wiederaufnahme der Tätigkeit der Europäischen Universität am 24. März 2008 zweifellos bestehen.

Die Europäische Universität in St. Petersburg wurde 1994 als nichtstaatliche Bildungseinrichtung unter Initiative des damaligen Bürgermeisters von St. Petersburg Anatolij Sobtschak gegründet. Ihr Schwerpunkt liegt in den Sozial- und Geisteswissenschaften. Eine vorübergehende Schließung eines Gebäudes aufgrund brandschutztechnischer Defizite ist zunächst legitim. Eine Brandkatastrophe in der Moskauer Universität vom 3. Oktober 2007, bei der neun Menschen ums Leben kamen und 50 verletzt wurden, hat die technischen Defizite zahlreicher öffentlicher Gebäude deutlich gemacht. Nach Behördenangaben konnten damals viele Menschen wegen versperrter Rettungswege das Gebäude nicht rechtzeitig verlassen. Hierin lagen nach Angaben der Verwaltungschefin der Universität Alla Samoljotova auch die größten Verstöße gegen die Brandbestimmungen. Ein Rückgang der Brandfälle im Jahr 2007 um 3,7 % gegenüber 2006 spricht für eine gewisse Verbesserung der Brandschutzvorsorge.

Politische Motive?

Für die zeitweilige Schließung der Europa-Universität sind zahlreiche Motive ins Feld geführt worden. Einige Beobachter warfen der Petersburger Administration vor, es lediglich auf das historische Gebäude der Universität abgesehen und eine Neunutzung geplant zu haben. Tatsächlich ist die Universität in einem Teil des im 18. Jahrhundert errichteten Kuschelew-Besborodko-Palais untergebracht. Die Brandschutzkontrolle, so heißt es, sei deshalb nur als Vorwand benutzt worden. Auch der EU-Experte der Universität Andrej Jurow ließ das Brandschutzargument nicht gelten. Schließlich gebe es in Russland kaum Universitäten, die den Brandschutzbestimmungen genügten. Der Vorsitzende von Jabloko in St. Petersburg, Maxim Resnik, sah in der Schließung der Universität einen weiteren Beleg dafür, dass Russland „in Richtung Totalitarismus“ gehe. Beide Beobachter machten politische Interessen für die Schließung verantwortlich.

Der Rektor der Universität, Nikolai Wachtin, wollte zwar kein direktes politische Motiv erkennen, räumte jedoch ein, dass „jemand der Universität größtmögliche Schwierigkeiten bereiten“ wolle. Die Universität führte seit dem Frühjahr 2007 ein Trainingsprogramm zur Wahlbeobachtung durch, das auf drei Jahre angelegt war und EU-Fördermittel in Höhe von 673 000 Euro erhalten sollte. Obwohl es sich nach Angaben des Projektleiters Grigorij Golo-sow nicht um ein wissenschaftliches Projekt handelte, zog es den Unmut einiger Duma-

Abgeordneter auf sich. Schon im August letzten Jahres erfolgte eine Prüfung des Projekts durch eine Kommission des Komitees für Wissenschaft und Hochschulwesen. Diese untersagte die Durchführung des Programms im Rahmen des regulären Forschungs- und Lehrbetriebs. Am 30. Januar 2008 wurde das Programm vom Wissenschaftsrat der Universität eingestellt. Zeitgleich fanden Kontrollen durch das Föderale Registrierungsamt und das Petersburger Wissenschaftskomitee statt.

Wachtin bestätigte, dass es um Wahlrechtsfragen und die Transparenz der Stimmenauszählung gegangen sei. Für ihn richtete sich die Schließung jedoch gegen den Kurs des Präsidentschaftskandidaten Dimitrij Medwedjew. Die Kampagne sollte den Kandidaten unter Druck setzen, da dieser sich für eine bessere Gesetzesumsetzung und ein innovatives Bildungswesen eingesetzt habe. Gegen jeden politischen Begründungszusammenhang wandte sich die Gouverneurin von St. Petersburg Walentina Matwienko. Ihren Angaben zufolge habe die Universität ihren Betrieb während der Renovierungsarbeiten sogar fortsetzen können. Konnte die Universität anfangs noch tatsächlich in Räumen des Instituts für Ökonomie und Finanzen weiter unterrichten, entzog ihr das Komitee für Wissenschaft und Hochschulwesen jedoch am 21. Februar 2008 endgültig die Lizenz. Daraufhin setzten die Dozenten den Unterricht ohne Vergütung zuhause oder in Cafes und Restaurants fort.

“Kein Rauch ohne Feuer!”

Der Angriff auf eine Institution unabhängiger Lehre und Forschung löste sowohl in der Petersburger Gesellschaft sowie innerhalb und außerhalb Russlands Proteste aus. Über 60 Briefe und mehr als 7 000 Unterschriften wurden an Regierungsbehörden auf Gebiets- und Föderationsebene, darunter an Präsident Putin, Ministerpräsident Medwedjew und Gouverneurin Matwienko gerichtet. Die Studenten protestierten gegen die Schließung ihrer Universität und gegen „absurde Fehler des politischen Systems“. Am 29. Februar 2008 versammelten sie sich unter dem Motto „Kein Rauch ohne Feuer!“ am Lomonossow-Denkmal in St. Petersburg.

Die Leitung der Universität vermied es dabei, dem Kreml für den Schließungsbeschluss verantwortlich zu machen. Vielmehr drängte Rektor Wachtin in Sorge um die Zukunft der Universität darauf, die Öffentlichkeit von dem Vorgang zu informieren. Insbesondere dieser öffentliche Druck bewog das Hochschulkomitee, dem Antrag der Universität vom 6. März stattzugeben und erteilte am 21. März 2008 eine befristete Lehrlizenz. Sie folgte damit einem Kontrollbericht der Brandschutzinspektion, der besagte, dass ein Großteil der Mängel behoben worden seien. Der Gerichtsentscheid habe nach Auskunft der Behörden lediglich „drei Minuten“ in Anspruch genommen; ein Hinweis darauf, dass weniger der Bericht der Brandschützer ausschlaggebend gewesen sein könnte, als vielmehr die von Gouverneurin Matwienko bereits am 17. März angekündigte Rücknahme des Schließungsbescheids.

Der entscheidende Anstoß wurde von den Wissenschaftlern und Studierenden gegeben, auch wenn die Politologin Oksana Gontschapenko keinen Präzedenzfall erkennen kann, macht sie die öffentliche Wirkung der Proteste für das politische Eingreifen der Gouverneurin verantwortlich. Matwienko hat in der Tat kein Interesse daran, den internationalen Ruf Petersburgs und damit ihre eigenen politischen Ambitionen aufs Spiel zu setzen, insbesondere in Zeiten der Präsidentschaftswahl.

Bildung als Politikum

Der Vorsitzende des Bildungskomitees Alexander Gektorow hob hervor, dass es allein in Petersburg zehn weitere Hochschulen gibt, die ähnliche Brandschutzprobleme aufzuweisen hätten. Beklagenswerte Fälle wie die Moskauer Brandkatastrophe von 2003 erfordern in der Tat umfassende Modernisierungsprogramme für die Infrastruktur der Bildung in Russland. Allerdings fällt auf, dass im Gegensatz zu privaten Bildungseinrichtungen die staatlichen Instituti-

onen des Landes nicht geschlossen, sondern modernisiert werden. Bei kritischen Institutionen wie dem Journalistenverband oder dem British Council, der auf Anordnung des russischen Außenministeriums ab Januar 2008 seine Arbeit in fast allen Regionalbüros einstellen musste, überwogen hingegen u.a. brandschutztechnische Bedenken. Die zeitweilige Schließung der Europäischen Universität ist ein Hinweis darauf, dass Bildung immer stärker zum Politikum zu werden droht und sich der öffentlichen Wahrnehmung und des öffentlichen Schutzes verschern sollte.

„Politik der Stärke“

In seiner Rede am 21. November 2007 warnte Präsident Putin vor einem Rückfall in die „chaotischen“ Verhältnisse der 1990er Jahre. Damit zielte er auf die Opposition und die Oligarchen gleichermaßen, die „ein schwaches und krankes Russland, eine gespaltene und irreführende Gesellschaft“ anstrebten. Für Putin gebe es in Russland noch immer zu viele derer, „die wie Schakale vor den ausländischen Botschaften lauern“, auf die Unterstützung durch ausländische Gelder hoffen und wieder an die Macht kommen wollen.

In diesem Kontext muss die Schließung der Universität in St. Petersburg gesehen werden. Es wurde deutlich, dass eine praktische und kritische Politikforschung wie sie die Universität mit ihrem Trainingsprogramm versuchte, nicht erwünscht ist. Das galt insbesondere für eine der Universitäten, die eine Reihe von Studenten der Europäischen Humanistischen Universität Minsk aufgenommen hatte, nachdem diese 2004 aus politischen Gründen geschlossen worden war. Als offizielle Begründung diente dem Lukaschenko-Staat die Sanierung des Rektoratsgebäudes. Wie in Minsk betrachtete der Staat die ausländischen Finanzierungshilfen mit Argwohn. Stellvertretend ist der Duma-Abgeordnete Safaragliev zu nennen, der die Finanzierung als „direkte Einmischung der Europäischen Kommission in den Wahlprozess der Parlamentswahl 2007 und der Präsidentenwahl 2008“ ansah.

Russland versucht seinen abhanden gekommen Großmachtstaus zurück zu erlangen. Dies betrifft auch die Darstellung als unabhängiger, selbstständiger und starker Staat. In dieses Bild passt jedoch nicht, dass die Bildungseinrichtungen im eigenen Land vom Westen finanziert werden. Mit der Darstellung der Bedrohung Russlands durch den Westen – so war Putins innenpolitische Rede auf der Münchener Sicherheitskonferenz 2007 zu verstehen – werden u.a. die Zentralisierungsprozesse in der Politik begründet, da nur ein nach innen geordnetes und gefestigtes Russland den „äußeren Gefahren“ begegnen könne. Neben Zukunftsrisiken wie im Bereich der Demographie, begegnet das amtliche Russland so den Befürchtungen eines strategischen Bedeutungsverlustes in der Region, etwa in Konkurrenz zu China.

Wegen der zeitweisen Schließung der Universität kam der Unterricht fast zwei Monate zum Erliegen. Diese sind für Forschung und Lehre verloren gegangen. Für die notwendigen Reparaturen benötigte die Universität zusätzlich die Genehmigung des Amtes für Denkmalschutz. Eine schnelle Fehlerbeseitigung war somit nur bedingt möglich. Die Begründung des Brandschutzes lässt sich außerdem immer wieder anwenden und ist in Anbetracht der zu erwartenden Umbaukosten von 5-10 Millionen Rubel für die Universität eine Warnung an andere Hochschuleinrichtungen. Da es sich nur um eine befristete Leihlizenz für die Universität handelte, besteht immer noch die Möglichkeit eines erneuten Entzugs. Die Fortsetzung einer kritischen Wissenschaft in Russland dürfte folglich für absehbare Zeit einen herben Dämpfer bekommen haben.

Es bleibt positiv zu vermerken, dass der Einsatz der Öffentlichkeit und der damit entstehende Druck doch etwas bewegen kann. Anders als die Europäische Universität setzten sich die Filialen des British Council in St. Petersburg und Jekaterinburg über die angeordnete Schließung hinweg und öffneten weiterhin ihre Pforten. Dieser einseitige Beschluss belastete das ohnehin schon durch die Litwinenko-Affaire angespannte Verhältnis zwischen London und Moskau

weiter. Der Fall der Europäischen Universität ist nicht nur ein Symbol dafür, dass in Russland öffentlicher Druck und ziviler Protest staatliches Handeln beeinflussen kann. Während die EHU Minsk verlassen musste und in Vilnius seither eine Exilexistenz führt, konnte eine dauerhafte Schließung der Petersburger Universität vorerst abgewendet werden.

Dass die Universität die Brandschutzinspektionen in den Jahren zuvor bestanden hatte, lässt außerdem den Anschein der Korruption aufkommen. Hierin liegt ein weiteres grundlegendes Problem im russischen Staat, das sich aber wiederum nur durch eine Öffnung in der kritischen Berichterstattung beseitigen lässt. Durch die Schließung der Europäischen Universität wurde deutlich, dass diese Ansicht nicht auf uneingeschränkte Zustimmung stößt, obwohl sich der gewählte Präsident Medwedjew die Korruptionsbekämpfung auf die Fahnen geschrieben hat.

Kooperationschancen suchen!

Der Etappensieg der Wissenschaftler der Europäischen Universität sollte als Chance für einen Dialog mit der Gebietsadministration von St. Petersburg über Perspektiven von Bildung und Forschung genutzt werden. Außerdem sollte die EU die im Papier der „gemeinsamen Räume“ mit Russland eröffneten Chancen der Bildungskooperation einfordern. Ausschreibungen sollten jedoch auch stärker für staatliche Bildungseinrichtungen in Russland verfügbar gemacht werden. Positive Wissenschaftskooperationen wie im Fall des vom Petersburger Dialog 2006 initiierten „Koch-Metschnikow-Forums e.V.“ sollten erweitert werden. Dabei ist zunehmend auch die Zusammenarbeit im Format „Science to Business“ Erfolg versprechend. Die noch immer hervorragende Ausbildung russischer Wissenschaftler in den Naturwissenschaften sollte noch stärker als bisher von Partnern aus Wissenschaft und Wirtschaft im EU-Rahmen genutzt werden. Im Bereich der Geisteswissenschaften ist eine europäisch-russische Kooperation gerade jetzt dringend erforderlich, um im Hinblick auf das Jubiläumsjahr 2009 Erinnerungskonkurrenzen wissenschaftlich zu begleiten und eine Politisierung zu verhindern. Den Sozial- und Geisteswissenschaften kommt hierbei eine große Bedeutung zu.